Ressort: Lokales

Berlin führt Meldepflicht für antisemitische Vorfälle an Schulen ein

Berlin, 14.10.2018, 19:29 Uhr

GDN - Schulleiter von Berliner Schulen sollen künftig dazu verpflichtet werden, antisemitische Vorfälle der Schulaufsicht und der Polizei zu melden. "Um den Antisemitismus in unserer Gesellschaft bekämpfen zu können, müssen wir ihn wahrnehmbarer machen", sagte der Berliner Bildungsstaatssekretär Mark Rackles (SPD) der in Berlin erscheinende Tageszeitung "Neues Deutschland" (Montagsausgabe).

Wenn an Schulen judenfeindliche Hetze und Übergriffe stattfinden, müssten diese erfasst werden, um entsprechend nachsteuern zu können, so der Bildungspolitiker. Um judenfeindliches Mobbing an Schulen zentral dokumentieren zu können, soll ab dem Schuljahr 2019/2020 Antisemitismus als eigenständige Kategorie in den Notfallplänen der Berliner Schulen geführt werden. Damit bestünde für alle Vorfälle mit judenfeindlichem Bezug eine Meldepflicht. "Die Schulleitungen sollen damit ermutigt werden, Mobbingvorfälle aufgrund von Religion und Nationalität offensiv zu thematisieren und nicht unter den Teppich zu kehren", sagte Rackles weiter. Damit Präventionsprojekte gegen Antisemitismus und andere Formen von Rassismus und Diskriminierung greifen könnten, brauche man belastbare Datensätze.

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-113465/berlin-fuehrt-meldepflicht-fuer-antisemitische-vorfaelle-an-schulen-ein.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619